

Das Scheitern der englischen Aushungerungswünsche.

Wer heute über Land geht, der freut sich innig über den Stand der Felder, wie die Halme zusehends zu wachsen scheinen, wie auf Strichen, die früher nie Harke und Karst gesehen hatten, Kartoffeln und die mannigfaltigsten Gemüse stehen. Im Kriege sind die Berichte über den Stand der Saaten verschwunden; aber was aus allen Teilen des Landes von den Aussichten der neuen Ernte gemeldet wird, das stimmt überein mit dem, was jeder einzelne nicht an die in den feindlichen Ländern. Und wenn im ersten Kriegsjahr nicht alles nach Wunsch gegangen ist, so sind wir doch heute über den Berg, und die berechnete Erwartung darf man aussprechen, daß uns im zweiten Kriegsjahr das wirtschaftliche Durchhalten keine Sorgen mehr verursachen wird. Wir werden keine Monate mehr verstreichen lassen, sondern frühzeitig an die Regelung der Ernährung gehen; die Fehler, die gemacht worden sind, werden vermieden werden, und die Erfahrungen werden ihre Früchte tragen; nicht zuletzt aber wird das Volk mit einem ganz andern, gereiftem Verständnis für die Fragen der Ernährung auf die Absichten der Regierung eingehen. Das sind unseres Erachtens die drei Gründe, die den wirtschaftlichen Optimismus rechtfertigen.

Das Eingreifen Italiens in den Krieg verschlägt für unsere Versorgung mit Lebensmitteln wenig. Die Möglichkeiten der Einfuhr werden freilich dadurch noch geringer, da aber Italien schon im Frieden nur im verschwindenden Maße an unserer Lebensmitteleinfuhr beteiligt war und sich im Kriege durch mancherlei Ausfuhrverbote schon abgeschlossen hatte, ändert sich tatsächlich recht wenig. Auf die italienischen Mandeln und Zitronen, die in größeren Mengen nach Deutschland kamen, wird man leicht verzichten können. Die Zuversicht im deutschen Volke ist deshalb auch so stark, daß man in einer Zeit, in der man in Frankreich sich mit den Fragen der Beschlagnehmung des Getreides und der Einführung eines Kriegsbrottes beschäftigt, Stimmen vernimmt, die von einer Aufhebung oder Vinderung unserer staatswirtschaftlichen Maßregeln sprechen. Daran ist selbstverständlich nicht zu denken. Immer noch ist eine sparsame Benutzung der zur Verfügung stehenden Lebensmittel, ein Reden und Strecken dessen, was wir haben, unerlässliche Vorbedingung dafür, daß unsere Strategen und Diplomaten ohne Rücksichten auf wirtschaftliche Bedenken ihr Werk zum guten Ende führen. Über den gewaltigen Ereignissen der letzten Wochen sind diese Überlegungen in den Hintergrund gedrängt worden, die Enttäuschung über den italienischen Judasstreich, die Freude über die galzischen Siege haben das Volk so ganz in Anspruch genommen, daß für Erörterungen, wie man die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes im neuen Erntejahr zu regeln hat, wenig Raum blieb.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat nun am 14. Mai einen Kriegswirtschaftsplan aufgestellt, der vom Deutschen Städtetag für unannehmbar erklärt worden ist. Wir haben über diesen Widerstreit der Meinungen berichtet. Der Plan des Landwirtschaftsrates enthält allerdings eine Bestimmung, die Bedenken erweckt; er will nämlich bei allen die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Erzeugnisse betreffenden Bestimmungen die Entscheidung in die Hand der bei den Landeszentralbehörden bestehenden landwirtschaftlichen Verwaltungen legen. Nach den Erfahrungen, die man in Preußen bei Einführung der neuen Maßnahmen mit der Zentralbehörde gemacht hat, muß man diesem Vorschlage entschieden widersprechen; die Versorgungsfrage muß eine Reichsfrage bleiben. Im übrigen aber haben die Vorschläge des Landwirtschaftsrates manches für sich. Wir stehen nicht in dem Verdachte, den Städten ihr Selbstbestimmungsrecht schmälern und den landwirtschaftlichen Kreise übermäßige Rechte zulegen zu wollen. Derartige ist aber aus der Verwirklichung der Richtlinien, die der Deutsche Landwirtschaftsrat aufgestellt hat, nicht zu befürchten; was erreicht werden soll und was auch sehr wünschens-

wert wäre, ist eine Zentralisation in der Verteilung der Lebensmittelvorräte, die manche Schäden, die in der bisherigen zerstückelten Regelung lagen, beseitigen wird. Nach den Vorschlägen des Landwirtschaftsrates wird die Verteilung der Vorräte, die unmittelbar nach der Einbringung der Ernte festzustellen sind, durch die Kommunalverbände, durch provinziale Ausgleichsstellen und durch die Zentralausgleichsstelle geschehen. Wenn auch diese Zentralausgleichsstelle den Maßstab für die Verteilung des Brotgetreides und Mehles bestimmt, so hüben die Städte deshalb doch nicht ihr Selbständigkeit ein; denn einmal arbeitet die Zentralausgleichsstelle, die unter sachverständiger Leitung stehen soll, mit Vertretern der Städte zusammen und andererseits haben die Kommunalverbände über die Mengen, die ihnen zugewiesen sind, selbständig zu befinden. Die Vorschläge des Deutschen Landwirtschaftsrates sind deshalb nicht so unbrauchbar, wie man nach der Kritik im Deutschen Städtetag glauben könnte, und es wäre zu wünschen, daß sich Stadt und Land, Verbraucher und Erzeuger über die Art der Lebensmittelversorgung einigten. Wenn dabei eine größere Einheitlichkeit erzielt würde, so daß die Bewohner der verschiedenen Städte und Landesteile gleichmäßiger behandelt würden, so wäre das ein Vorzug, der auch mit einer kleinen Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts nicht zu teuer erkauft wäre. Heute kommt es doch weniger darauf an, daß die eine oder andere Stadt ihre Lebensmittelpolitik nach den besten Grundsätzen regelt, als darauf, daß die Allgemeinheit von den ihr zur Verfügung stehenden Ernährungsmitteln den besten Gebrauch macht und daß nicht an der einen Stelle Not herrscht, während an der andern im Überfluß gewirtschaftet wird.

Auch eine zweite Anregung des Landwirtschaftsrates, die Höchstpreise im kommenden Erntejahr nicht mehr auf das Getreide zu beschränken, wird hoffentlich Gehör finden. Auch darin muß sich zeigen, daß wir im ersten Kriegsjahr etwas gelernt haben. Der Krieg kam mit so elementarer Blödsichtigkeit und der Aushungerungsplan war so teuflisch, daß die Staatsforge zunächst nur die Vorratsfrage erfassen konnte, d. h. der Staat hatte zunächst dafür zu sorgen, daß die im Lande vorhandenen Vorräte für die Ernährung bis zur neuen Ernte reichten; als die Vorräte knapp wurden, hatte er sogar ein gewisses Interesse daran, durch die Preise die Nachfrage zu regeln. Das zweite Jahr verlangt mehr. Daß wir, wenn wir planvoll leben, auskommen, ist zweifellos geworden; jetzt gilt es, die Lebensmittel auch zu angemessenen Preisen ans und ins Volk zu bringen. Zu angemessenen, nicht zu billigen Preisen. Da im Kriege die Produktionskosten für die Lebensmittel teilweise ganz bedeutend in die Höhe gegangen sind, rechtfertigt sich auch ein entsprechender Lebensmittelpreis. Was durch amtliche Preisfestsetzungen verhindert werden kann und muß, ist die Wiederholung der Möglichkeit, daß auf dem Wege vom Halm zum Backofen das Brot irgendwo über Gebühr verteuert wird, daß die Warenpreise durch Zurückhalten der Bestände spekulativ in die Höhe getrieben werden. Daß darin gefehlt worden ist, läßt sich nicht leugnen. Wenn jetzt z. B. eine beträchtliche Ermäßigung des Mehlspreises sich nicht in den Brotpreisen widerspiegelt, dann ist eben in der Vorratspolitik ein Fehler gemacht worden, der nicht mehr wiederholt werden dürfte; wenn in den letzten Wochen der Zucker, der doch reichlich vorhanden ist und jetzt für die Einnahmzeit von großem Segen für die Ernährung wird, in den Läden fehlte, so liegt der Mangel in der Verteilung der Vorräte. Wenn die Fleischpreise in den letzten Monaten trotz der großen Schlachtungen immer noch erheblich gestiegen sind, so widerspricht das der natürlichen Preisbildung und hat seinen Grund entweder in den Zwangskäufen der Städte oder in einer Spekulation in Futtermitteln. Jedenfalls müssen die Erfahrungen dahin genutzt werden, daß System in die Preisfeststellung gebracht wird; nicht nur das Rohprodukt, das Getreide, muß seinen festen Satz erhalten, sondern auch Mehl und Brot, und wenn für Fleisch ein Höchstpreis gewünscht wird, so lasse man auch die Preise für Futtermittel nicht unregelt. So wohlthätig ein Höchstpreis für den Verbraucher wirken kann, so verderblich kann er für den Verkäufer sein, wenn ein System nicht auch seine Käufe schützt. Nicht nur der Verbraucher darf in dieser unruhigen Zeit den Schutz des Staats verlangen; auch der Produzent hat ihn nötig. Nur so erweckt man keine Unzufriedenheit bei denen, die ihre Produkte der freien Preisbildung entrückt sehen.